

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

ZEITENWENDE ADÉ

„DEUTSCHLAND-PAKT: IM KANZLERAMT NICHTS NEUES“

GASTBEITRAG MIT WOLFGANG SCHÄUBLE: „UNSERE GESELLSCHAFT GEHT UNS ALLE AN“

ÖFFENTLICHE DEBATTE



SERAP GÜLER



SGUELER



SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Die erste Woche nach den Sommerpause ist vorbei! Was ist passiert? Von Seiten der Bundesregierung leider nicht viel. Noch viel bedauerlicher ist allerdings, dass die Zeitenwende endgültig abgesagt ist. Der Verteidigungshaushalt wird nicht in dem Maße aufwachsen, welches der Bundeskanzler den Bürgerinnen und Bürgern in seiner „Zeitenwende“-Rede versprochen hat. **Doch wir bleiben dran:** Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern wir, dieses Ziel mit einem schrittweisen Aufwuchs des Verteidigungsetats auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, zusätzlich zum bestehenden Sondervermögen, bis zum Jahr 2026 zu erreichen.

Auch der sogenannte **„Deutschlandpakt“ des Bundeskanzlers lässt Fragen offen.** Wie sagte der Ministerpräsident in NRW, Hendrik Wüst passend? „Er fühle sich verpöppelt.“ Auch wir als Fraktion sehen das so. Als konstruktive Opposition stehen wir jederzeit für Gespräche zur Verfügung, um die richtigen politischen Entscheidungen für Deutschland zu treffen. **Wir werden daher bereits in der nächsten Sitzungswoche eine ganze Reihe von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Abstimmung stellen.**

Ansonsten finden Sie in dieser Ausgabe den **Gastbeitrag von Wolfgang Schäuble und mir aus der FAZ zum Thema Gesellschaftsjahr.** Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung!

Für das Interesse an meiner Arbeit danke ich herzlich und übersende beste Grüße an Sie.

Zeitenwende Adé

„Die Koalitionsfraktionen haben die mit uns geschlossene Vereinbarung zur Errichtung eines Sondervermögens für die Bundeswehr aufgekündigt. Der Verteidigungshaushalt wird nicht in dem Maße aufwachsen, welches der Bundeskanzler den Bürgerinnen und Bürgern in seiner „Zeitenwende“-Rede vom 27. Februar 2022 versprochen hat. **Die Zeitenwende ist somit endgültig abgesagt.**

Das in der vergangenen Woche durch das Kabinett beschlossene Haushaltsfinanzierungsgesetz hielt für den Bereich der Verteidigung einige Überraschungen bereit. Aufgrund fragwürdiger Argumente des Auswärtigen Amtes hat die Bundesregierung sich kurzfristig von der im Entwurf des Gesetzes geplanten rechtlichen Bindung, jährlich zwei Prozent für Verteidigung auszugeben, verabschiedet. Dieses Ziel soll nun weiterhin lediglich im mehrjährigen Mittel erreicht werden. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung sieht derzeit jedoch über 2024 hinaus einen bei 52 Mrd. EUR eingefrorenen Verteidigungshaushalt vor. Stetig steigende Betriebs- und Personalkosten absorbieren die frei verfügbaren Mittel. Investitionen für Forschung und Beschaffung sind somit nicht mehr möglich. Dieser Trend wird sich mit dem notwendigen Zulauf moderner Systeme noch weiter verschärfen. Die strukturelle Unterfinanzierung der Bundeswehr bleibt so trotz blumiger Ankündigungen bestehen. Ohne jährlichen Anstieg des Verteidigungshaushaltes, und zwar zusätzlich zum Sondervermögen, steht die Bundeswehr spätestens 2027 vor einer Finanzierungslücke von mehr als 25 Mrd. EUR.



Die Bundesregierung verspielt Vertrauen bei unseren Soldatinnen und Soldaten sowie Glaubwürdigkeit bei unseren Alliierten und Partnern. Damit beschädigt sie das Ansehen Deutschlands nachhaltig. Unsere Sicherheit und Freiheit bedürfen einer einsatzbereiten Bundeswehr in einem starken Bündnis. Dieses Ziel wird nicht durch Ankündigungen und uneingelöste Schecks realisiert. Die Bundeswehr braucht keine Symbolpolitik oder Rechentricks bei den Verteidigungsausgaben. Die Bundeswehr muss mit dem ausgestattet werden, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern wir, dieses Ziel mit einem schrittweisen Aufwuchs des Verteidigungsetats auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, zusätzlich zum bestehenden Sondervermögen, bis zum Jahr 2026 zu erreichen.

„Deutschland-Pakt: Im Kanzleramt nichts Neues“

In der Generaldebatte des Deutschen Bundestages am 6. September 2023 hat Bundeskanzler Scholz einen „Deutschland-Pakt“ als Bündnis zwischen Bund, Ländern, Kommunen und demokratischer Opposition vorgeschlagen. Interessanterweise spricht das Papier vom Bundeskanzler und nicht von der Bundesregierung als Einheit – wir hören, dass sein Vorstoß wie in der Ampel üblich in der Koalition nicht abgestimmt ist. Der Vorschlag enthält mehrere Vorhaben zu Planungsbeschleunigung, Wachstumsförderung, Digitalisierung und Migration. Keines der im „Pakt“ genannten Vorhaben ist neu: Sämtliche Vorschläge sind bereits früher kommuniziert worden. **Zahlreiche der genannten Vorhaben werden bereits seit Monaten von der Bundesregierung verschleppt.** Bereits im März haben die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Hendrik Wüst und Stephan Weil, einen Brief an Bundeskanzler Scholz geschickt, in dem sie Fortschritte bei der Planungsbeschleunigung einfordern. Seitdem ist fast ein halbes Jahr vergangen – **und der Bundeskanzler verkauft Vorschläge, die teilweise schon lange diskutiert werden, als „Deutschland-Pakt“.**

Unsere Antwort:

1. Wir leben in politischen Ausnahmezeiten. Es geht um das große Ganze: Die Zukunft unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Freiheit in Europa. In diesen besonderen Zeiten kommen der Bundesregierung zwei herausragend wichtige Aufgaben zu: Sie muss nach außen die Freiheit Deutschlands sichern, und sie muss im Inneren den Wohlstand unseres Landes erhalten. Der vorliegende Vorschlag für einen „Deutschland-Pakt“ wird diesem Anspruch in keiner Weise gerecht.

2. **Den blumigen Aussagen des Bundeskanzlers für einen „Pakt“ stellen wir ein konkretes Maßnahmenbündel entgegen: Deutschland braucht ein Belastungsmoratorium, das heißt einen sofortigen Stopp aller die Wirtschaftsaktivität drosselnder Gesetze. Privathaushalte und Unternehmen benötigen günstigere Energie. Das geht nur durch eine Ausweitung des Angebots und die Reduzierung der Stromsteuer. Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen: Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen darf 25 Prozent nicht überschreiten. Der Soli gehört abgeschafft.** Im Bereich Bauen und Wohnen brauchen wir eine Förderung des Wohnungsbaus durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und verlässliche und auskömmlich finanzierte Förderprogramme.



3. Als konstruktive Opposition stehen wir jederzeit für Gespräche zur Verfügung, um die richtigen politischen Entscheidungen für Deutschland zu treffen. **Wir werden daher bereits in der nächsten Sitzungswoche eine ganze Reihe von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Abstimmung stellen.** Auch werden wir Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik zur Abstimmung stellen, die der Bundeskanzler bereits mit den Ministerpräsidenten vereinbart, aber immer noch nicht umgesetzt hat. Wir werden sehen, wie ernst es die Ampel mit dem Angebot zur Zusammenarbeit meint.

Gemeinsamer Gastbeitrag mit Wolfgang Schäuble in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Man hat das Gefühl, dass die Gesellschaft immer mehr erodiert. Das haben Wolfgang Schäuble und ich zum Anlass genommen, uns mit konkreten Lösungsvorschlägen zu befassen, um dem entgegenzuwirken. Als Staatsbürger kennt man nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Wo das Pflichtbewusstsein ins Hintertreffen gerät, ist der Staat gefragt, den Willen zur Solidarität und Verantwortung zu fördern und zu fordern. Die Idee ist, gerade den integrativen Aspekt zu betonen. Ein Gesellschaftsjahr ermöglicht die Begegnung zwischen Menschen aller Couleur. Schaut man sich im Ehrenamt um, so treffen nachweislich vermehrt Menschen aus der Mittelschicht, oft ohne Migrationsgeschichte, aufeinander.

Fremde Federn: Serap Güler und Wolfgang Schäuble

Unsere Gesellschaft geht uns alle an

Eine robuste Demokratie bedingt Verteidigungsfähigkeit nach außen und staatliche Souveränität, also Gewaltmonopol, nach innen. Dazu müssen wir uns zum einen in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der langen Linien Adenauers und Schumans besinnen, die an diesem Punkt leider unvollendet geblieben sind. Ihr Ansatz, Europa über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unumkehrbar zu integrieren, ist heute aber aktueller denn je. Hierzu braucht es neben dem historischen Nukleus Deutschland und Frankreich vor allem auch Polen. Die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks und eine Ausweitung der französischen Nuklearkapazitäten zum Schutze Europas, maßgeblich mitfinanziert von Deutschland, sind essentielle Pfeiler dieser stabilen Sicherheitsarchitektur. Nur so sind die freien Ordnungen zu robuster Abschreckung gegenüber alten und neuen Systemrivalen fähig – immer im Verbund mit der NATO, niemals ohne sie. Die „European Sky Shield Initiative“, von Deutschland ins Leben gerufen, allerdings ohne Beteiligung unserer so eminent wichtigen Partner, wäre ein erster konkreter Schritt gewesen, die Integration und Interoperabilität in Kerneuropa zu vertiefen.

Alles andere als trivial in einer post-heroischen Gesellschaft, in der das Militärische kein verbindlicher Teil gesell-

schaftlichen Engagements mehr, sondern freiwillig ist, ist in Deutschland zudem die Frage, wer uns verteidigen soll. Dieser Aspekt weist in seiner gesellschaftlichen Dimension zugleich nach innen, denn die äußerlich wehrhafteste Demokratie nützt nichts, wenn sie von innen heraus erodiert – und zwar weit darüber hinaus, dass immer weniger Menschen, auch militärisch, dienen wollen. Und die Tendenzen hierfür sind lange bekannt, in manchen Ländern mehr oder weniger fortgeschritten, die Ursachen untersucht und beschrieben: Globalisierung, Entwurzelung, entfesselter Finanzkapitalismus, Säkularisierung, das Aufbrechen und Auseinanderdriften traditioneller Milieus, die neuen Kommunikationstechniken und so weiter. Im Ergebnis gelingt es nicht mehr hinreichend, Räume zu schaffen, in denen widerstreitende Interessen aufeinandertreffen und miteinander ausgehalten und ausgehandelt werden müssen; Räume, die eine aktive Zivilgesellschaft fördern, die für eine Demokratie überlebenswichtig ist. Es stellt sich also die Frage, ob der freiheitliche Staat um seiner Freiheit willen zunehmend nicht doch auch selbst Voraussetzungen schaffen muss, die seine Freiheit fortwährend stabilisieren.

Hierbei ist die Idee eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres nicht neu – und springt dennoch zu kurz. Denn die beschriebenen Tendenzen ziehen sich

durch alle gesellschaftlichen Sedimente. Insofern ist es nur folgerichtig, den Ansatz weiter zu fassen: Ein verpflichtendes, anständig vergütetes Gesellschaftsjahr für alle Schulabgänger. Die Schaffung einer Möglichkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich einmal in der Arbeitswoche während der vergüteten Arbeitszeit gesellschaftlich einzubringen.

Der Wirtschaft, die ebenfalls ein vitales Interesse an einem starken Gemeinwesen haben muss, sei eine ähnliche Flexibilität ans Herz gelegt, wie sie es ja auch beim mobilen Arbeiten und mit Incentives aller sonstigen Art ermöglicht. Für Bezieher von Bürgergeld und Asylleistungen ist ein solches Engagement im Rahmen des Leistungsbezugs obligatorisch. Und nicht zuletzt Rentnerinnen und Pensionäre sollten ebenfalls – freiwillig – einen Beitrag leisten können; warum nicht durch den Anreiz eines steuerfreien Hinzuverdienstes? Das alles kann und soll das Ehrenamt und die Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden keinesfalls ersetzen. Als Staatsbürger kennt man nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Wo dieses Pflichtbewusstsein aber ins Hintertreffen gerät, ist der Staat gefragt, Impulse zu geben, den Willen zur Solidarität und Verantwortung zu fördern und zu fordern. Diese zunehmende Notwendigkeit lässt sich auch empirisch belegen: Die Entwicklung

ehrenamtlicher Aktivitäten im Vergleich von 2014 zu 2019 stagniert. Angesichts der demographischen Entwicklung einerseits, der Herausforderungen durch die Zuwanderung andererseits, und der zum Teil interferierenden Krisen steht unsere freie Ordnung stark unter Druck. Und dabei spielt der integrative Aspekt eine zentrale Rolle. Nachweislich treffen vermehrt Menschen aus der Mittelschicht, oft ohne Migrationsgeschichte, im Ehrenamt aufeinander. Ein Gesellschaftsjahr ermöglicht die Begegnung zwischen Menschen aller Couleur. Es schärft emotionale Intelligenz sowie soziale Kompetenz, es entstehen Freundschaften – und Demut.

Demütig ist, wer versteht, dass jede Handlung eine unmittelbare Auswirkung auf die globale Gesellschaft hat. Die Coronapandemie und die Klimakrise, wie das Artensterben, stehen wie zum Beweis für die Tatsache, dass sich die Verantwortung, die wir als Staatsbürger tragen, nicht darin erschöpft, wählen zu gehen. Angebote, sich einzubringen, gibt es viele. Mündige Bürger sind keine Konsumenten und der Staat kein Supermarkt, der dauernd Angebote machen muss. In diesem Sinne plädieren wir für ein in weiten Teilen verpflichtendes Gesellschaftsjahr.

Die Autoren sind Mitglieder des Deutschen Bundestages (CDU).



Was denken Sie über diesen Vorschlag? Wir freuen uns sehr auf Ihre Rückmeldung.



RedaktionsNetzwerk
Deutschland

Waffensysteme

Dieselbe Diskussion hat die Regierung bei den Schützenpanzern vom Typ Marder, bei den Kampfpanzern Leopard, beim Luftabwehrsystem Patriot und bei anderen Waffensystemen in Deutschland vom Zaun gebrochen. Ich kann es nicht besser auf den Punkt bringen als die CDU-Abgeordnete Serap Güler, die auf Twitter schreibt: „Natürlich muss abgewogen werden. Die Abwägung lag aber am Anfang: Liefern wir Waffen oder nicht? Diese Entscheidung haben wir mit großer Mehrheit zugunsten der Ukraine getroffen. Jetzt bei jedem System neue Zweifel und Gegenargumente einzubringen ist abwegig.“

Weiter meint die Bundestagsabgeordnete: „Jede monatelange Debatte über weitere Waffenlieferungen ist nicht deeskalierend oder ‚besonnen‘, wie manche gern behaupten, sondern ein Eingeständnis halbherziger Hilfe. Entweder wollen wir der Ukraine nun helfen oder eben nicht. Letzteres wird vor allem einen freuen: Putin.“ Das muss man sich immer wieder vor Augen führen, wenn es um Waffenlieferungen an die Ukraine geht: Putin ist es, der den Konflikt mit dem Westen immer weiter eskaliert. Wir sind es nicht.

Wärmepumpe

Wie funktioniert denn eigentlich die Wärmepumpe? Wie hoch ist gerade die Nachfrage? Wie kommt die Diskussion in Berlin rund ums GEG vor Ort an? Über all diese Fragen habe ich gestern mit Peter Seven, Geschäftsführer des Sanitär- und Heizungsbetriebs in Leverkusen diskutiert.

Leider wurde ziemlich schnell klar, dass der Streit in der Bundesregierung zu diesem Gesetz hat die Nachfrage nach Wärmepumpen drastisch gesenkt hat.

Wir haben Ihnen dazu als Fraktion unsere Sichtweise in diesem Papier zusammengefasst.



[Hier gehts zum Artikel.](#)

Keine Lernentwicklung der Bundesregierung

Der RND hat in dieser Woche aus Odessa berichtet. Dort wurde offensichtlich auch deutlich, dass die Debatten um Waffenlieferungen in Deutschland seit Kriegsbeginn die tatsächliche Hilfe für die Ukraine erschweren. Das habe ich auf der Plattform X, ehemals Twitter, vor kurzer Zeit betont. Ich fordere von der Bundesregierung, dass sie endlich eine Strategie erarbeitet, und geräuschlos der Ukraine die Waffen zur Verfügung stellt, die sie für ihre Verteidigung benötigt. [Hier geht es zum Artikel.](#)



[Hier gehts zum Artikel.](#)



Allgemeiner Hinweis

Wenn Sie den Newsletter gesondert zugeschickt bekommen möchten, schreiben Sie uns gerne!
(serap.gueler@bundestag.de)